

**July 22, 1991**  
**The Chancellor's [Helmut Kohl's] Meeting with  
Croatian President Franjo Tudjman on Thursday, 18  
July 1991**

**Citation:**

"The Chancellor's [Helmut Kohl's] Meeting with Croatian President Franjo Tudjman on Thursday, 18 July 1991", July 22, 1991, Wilson Center Digital Archive, BArch, B 136/59745, 310-317. Contributed, transcribed, and translated by Stephan Kieninger. <https://wilson-center-digital-archive.dvincitest.com/document/300131>

**Summary:**

Kohl and Tudjman assess the chances for a peaceful resolution of the Yugoslavian crisis and the implications of Slovenia's independence for Croatia's security.&nbsp;

**Original Language:**

German

**Contents:**

- Original Scan
- Transcript - German
- Translation - English

Bonn, den 22. Juli 1991

sa

292

309

Der Leiter  
des Kanzlerbüros  
25. JULI 1991

Über

Herrn Chef des Bundeskanzleramtes

*i.V. 24. JULI 1991 K24/2 i.V. 1/24/7*

Herrn Bundeskanzler

Betr.: Vermerk über Ihr Gespräch mit dem kroatischen Präsidenten Franjo Tudjman am 18. Juli 1991

Hiermit lege ich o.a. Vermerk über Ihr Gespräch mit Präsident Tudjman am 18. Juli 1991 vor.

Ich gehe davon aus, daß der Vermerk nicht weitergeleitet wird.

*Hartmann*  
(Dr. Hartmann)

*Ja*  
*Hartmann*  
*26/2*

*21/07*  
*9/24/2*

Betr.: Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem kroatischen  
Präsidenten Franjo Tudjman am Donnerstag, dem 18. Juli 1991

Der Bundeskanzler heißt Präsident Tudjman herzlich willkommen und erklärt, er wolle ein offenes und direktes Gespräch führen und vor allem aus erster Hand wissen, wie Präsident Tudjman die Lage und Perspektiven in Jugoslawien einschätze.

Präsident Tudjman bedankt sich für die Einladung des Bundeskanzlers auch im Namen der kroatischen Regierung. Man erlebe derzeit kritische Tage, ja kritische Stunden. Er sei in der vergangenen Nacht von seinem Außenminister geweckt worden, weil diesem von amerikanischer Seite die Nachricht zugegangen sei, daß innerhalb der nächsten 24 Stunden ein militärischer Angriff bevorstehe. Er habe dieser Nachricht keinen Glauben geschenkt, denn er habe noch gestern ein langes Gespräch mit dem jugoslawischen Verteidigungsminister Kadijevic geführt, der ihm versichert habe, daß die Armee nicht vorhabe, Kroatien anzugreifen. Dennoch sei die Lage sehr ernst, zumal die Armee in Kroatien anwesend sei und dort die prokommunistischen und groß-serbischen Elemente unterstütze.

Auf die entsprechende Frage des Bundeskanzlers fügt Präsident Tudjman hinzu, die jugoslawische Volksarmee unterhalte derzeit 60.000 Mann in Kroatien. Auf eine Zusatzfrage erklärt Präsident Tudjman, die jugoslawische Armee umfasse insgesamt 160.000 Mann, dazu gehörten auch die Marineeinheiten, die zu 90 % in Kroatien stationiert seien.

Auf die weitere Frage des Bundeskanzlers, ob es sich um rein serbische Einheiten handele, erklärt Präsident Tudjman, er gebe in der Tat wenig Kroaten, Slowenen, Mazedonier und Albaner in der Armee. Diese bestehe zu 70 bis 80 % aus Serben. Außerdem sei es in letzter Zeit zu großen Veränderungen in der Armeeführung gekommen. Diese werde heute im großen und ganzen von Serben geführt.

Inzwischen sei es so, daß die politische Führung in Serbien und auch Teile der Armee damit einverstanden seien, daß Slowenien unabhängig werde. Dies gelte allerdings nicht für Kroatien, wo 12 % Serben lebten.

Auf die zusätzliche Frage des Bundkanzlers, wie man sich eine Loslösung Sloweniens im einzelnen vorzustellen habe, weist Präsident Tudjman auf das Plebiszit in Slowenien und Kroatien hin und fügt auf weitere Frage hinzu, die Serben hätten im Staatspräsidium den Vorschlag gemacht, daß die Armee sich aus Slowenien zurückziehen solle. Das würde allerdings zur Folge haben, daß sich die Armee ganz auf Kroatien konzentrieren werde, was die Lage Kroatiens zusätzlich erschweren werde.

Der Bundeskanzler stellt die Frage, wie Slowenien sich denn verhalten werde.

Präsident Tudjman erwidert, Slowenien werde diese Lösung sicherlich begrüßen. Es sei gleichzeitig der Wunsch Kroatiens, daß sich die Armee auch dort zurückziehe.

Der Bundeskanzler fragt, wie man sich das Szenario insgesamt vorzustellen habe. Wenn die Serben Slowenien ziehen ließen, könnten sie international geltend machen, daß sie ihren guten Willen bewiesen hätten. Dann gebe es nur noch das Problem Kroatien, wo eine serbische Minderheit lebe. Er würde gerne wissen, ob Präsident Tudjman über diese Fragen mit den Serben spreche.

Präsident Tudjman erwidert, man habe mit Gesprächen begonnen. Es sei ganz deutlich, daß die Serben im Rest Jugoslawiens einen von ihnen beherrschten Staat gründen wollten, zu dem auch Teile von Kroatien sowie von Bosnien und Herzegowina gehören sollten.

Auf die entsprechende Zusatzfrage des Bundeskanzlers erklärt Präsident Tudjman, die Serben beanspruchten nicht ganz Kroatien, aber fast die Hälfte. Dabei müsse man wissen, daß es Gegenden in Kroatien gebe, in denen nicht mehr als 14 % Serben lebten. Er wiederholt, daß es den Serben darum gehe, den größten Teil von Bosnien und Herzegowina anzuschließen.

Hierbei sähen sie sich allerdings einem Dilemma gegenüber, weil die Bevölkerung von Bosnien und Herzegowina stark durchmischt sei. Die Serben seien aber damit einverstanden, daß die katholischen Bevölkerungsteile in der Herzegowina und in Westbosnien zu Kroatien gehören sollten. Gleichzeitig wollen sie Teile von Kroatien an Serbien angliedern. Hierbei handele es sich aber um geopolitisch sehr wichtige Gebiete und Kroatien sei damit unter keinen Umständen einverstanden. Der Rest Kroatiens könne sich dann nach serbischer Auffassung selbständig machen.

Zu Mazedonien seien die Serben der Auffassung, daß diese Republik mit der Auflösung von Tito-Jugoslawien ebenfalls verschwinden solle.

Auf die entsprechende Frage des Bundeskanzlers erklärt Präsident Tudjman, Serbien werde möglicherweise versuchen, hierüber mit Griechenland Einvernehmen zu erzielen und im übrigen würden Albaner und Bulgaren einen Teil Mazedoniens mit Gewalt an sich reißen.

Das Hauptproblem Jugoslawiens sei heute nicht, wie man vom Kommunismus loskomme, sondern wie man die nationale Frage löse. Dabei sei das Hauptproblem Bosnien und Herzegowina. Die jetzigen Grenzen von Bosnien und Herzegowina seien nach dem 2. Weltkrieg erneuert worden, gingen aber ursprünglich auf die Grenzziehung durch die Türken im 15. Jahrhundert zurück.

Auf die Frage des Bundeskanzlers, wie er die Chancen für eine Lösung sehe, erklärt Präsident Tudjman, er glaube, daß es möglich sein müsse, mit der Hilfe Europas und der Vereinigten Staaten von Amerika die Serben zu Gesprächen zu zwingen. Dabei gehe es vor allem um die Aufteilung von Bosnien/Herzegowina. Dies werde allerdings gleichzeitig zur Schaffung eines kleinen Staates führen, der die rd. 1 Million Moslems, die in Bosnien/Herzegowina lebten, aufnehme.

Auf die Frage des Bundeskanzlers, ob ein souveränes Kroatien mit einer serbischen Minderheit von 10 % leben könne, erklärt Präsident Tudjman, man werde dieser Minderheit alle Rechte zuerkennen. Man könne in einem Abkommen zwischen Serbien und Kroatien neue Grenzen schaffen und die derzeitige Grenze, die an der Drina verlaufe, weiter nach Westen verschieben. Dies sei allerdings nicht nur eine kroatische Frage, sondern betreffe ganz Europa.

Der Bundeskanzler stellt die Frage, wie Präsident Tudjman die Möglichkeit eines losen Staatenbundes beurteile.

Präsident Tudjman erwidert, die Chance hierfür sei sehr gering. In Slowenien und Kroatien gebe es weniger als 2 % Mischehen, die für eine solche Lösung einträten. Wenn man allerdings zunächst Kroatien die volle Souveränität gebe, dann könne man in Verhandlungen über eine Gemeinschaft souveräner Staaten eintreten. Eine solche Zeitfolge sei akzeptabel.

Der Bundeskanzler stellt die Frage, was geschehe, wenn die Serben mit einer Loslösung Kroatiens einverstanden wären und was dann aus Bosnien/Herzegowina werde.

Präsident Tudjman erklärt, es gebe in Bosnien/Herzegowina kroatische Bevölkerungsteile. Diese hätten schon vor Monaten versucht, einen Beschluß zum Beitritt Kroatiens zu fassen. Er habe darauf hingewirkt, daß man sich zunächst auf friedliche Gespräche einige.

Der Bundeskanzler stellt die Frage, wer heute das Militär in Jugoslawien kontrolliere.

Präsident Tudjman erwidert, an der Spitze der jugoslawischen Volksarmee stehe Verteidigungsminister Kadijevic, der eine kroatische Mutter und auch eine kroatische Frau habe. Er habe mit Kadijevic gestern ausführlich gesprochen und insbesondere die Frage erörtert, ob sich die jugoslawische Volksarmee aus Slowenien zurückziehe, um dann in Kroatien zuschlagen zu können.

Der Bundeskanzler stellt die Frage, ob der Verteidigungsminister hierzu noch die Macht habe.

Präsident Tudjman bejaht diese Frage und erklärt auf entsprechende Zusatzfrage des Bundeskanzlers, auch die Generäle würden ihm bis jetzt darin folgen. Man dürfe nicht vergessen, daß die jugoslawische Volksarmee auf einer titoistischen Grundlage aufbaue und daß sich deswegen groß-serbische Tendenzen in der Armee nicht ganz so offen durchsetzen und artikulieren könnten. Allerdings gebe es diese Tendenzen. Es habe auch kroatische und slowenische Generäle gegeben, von denen seien allerdings nur noch wenige übrig geblieben. Insgesamt sei die Lage aber so, daß die Armee zwar einen Konflikt beginnen, aber nicht siegen könne.

Auf die Frage des Bundeskanzlers, welches der Grund für diese Annahme sei, erklärt Präsident Tadjman, die Armee bestehe eben nicht nur aus Serben. Inzwischen hätten auch viele Kroaten und Slowenen sowie Albaner die Armee verlassen. Hinzu komme, daß die Serben selbst immer mehr zu der Einsicht kämen, daß sie eigentlich nicht für ganz Jugoslawien zuständig sein sollten.

Auf die entsprechende Frage des Bundeskanzlers erklärt Präsident Tadjman, nicht viele Serben dächten so, aber unter der einfachen Bevölkerung gebe es doch Anzeichen hierfür. Er weist in diesem Zusammenhang auf die Mütter von serbischen Soldaten hin, die versucht haben, ihre Söhne heimzuholen.

Der Bundeskanzler stellt die Frage, wie die Entwicklung nach Meinung Präsident Tadjmans weitergehe.

Präsident Tadjman erwidert, es gebe extremistische Elemente sowohl in der sozialistischen Partei Serbiens als auch in der Opposition. Diese träten eindeutig für eine Eingliederung von Teilen Kroatiens sowie von Bosnien und Herzegowina in Serbien ein. Es gebe allerdings auch gegenteilige Meinungen. Man habe am vergangenen Sonntag ein Treffen von 70 Intellektuellen, die der serbischen Minderheit in Kroatien angehörten, veranstaltet. Dort sei die Meinung vertreten worden, daß die Unterstützung der terroristischen Gruppen durch die serbische Minderheit in Kroatien derselben große Nachteile bringe. Bei den Serben gebe es Bereitschaft zu Gesprächen über die Zukunft des Landes. Gleichzeitig versuchten die Serben allerdings, den anderen ihren Willen aufzuzwingen. Deshalb sei es wichtig, daß Europa und insbesondere Deutschland, ihren Einfluß in Richtung Verhandlungen geltend machten.

Der Bundeskanzler erklärt, man müsse allerdings sehen, daß viele Kollegen in der EG bei der Diskussion über Jugoslawien sofort Probleme zu Hause sähen, vor allem dann, wenn man vom Selbstbestimmungsrecht spreche. Im übrigen müsse man sehen, daß in der Pariser Charta nicht nur vom Selbstbestimmungsrecht, sondern gleichzeitig auch von der Unversehrtheit der Grenzen die Rede sei. Die Kollegen hätten ihm allerdings auch darin zugestimmt, daß man den Willen der Völker zusammenzubleiben, nicht mit Panzern erzwingen könne.

Für ihn sei das Entscheidende der Verzicht auf Gewalt. Das einzig Gute in der derzeitigen Lage sei, daß sie nicht zum Weltkrieg führen könne. Das Schreckliche sei allerdings, daß hier zwei historische Strömungen aufeinanderprallten. Es gebe einmal die alte Kulturgrenze zwischen Byzanz und Rom und zum anderen die Konsequenzen des Vertrages von St. Germain. Es wäre möglicherweise nie zu Yalta gekommen, wenn man die Verträge von St. Germain nicht gehabt hätte. Jetzt sei die Frage wieder auf der Tagesordnung.

Gleichzeitig sei deutlich, daß Slowenien und Kroatien auf dem Weg zu Pluralismus und Demokratie seien. Allerdings höre er auch, daß die Opposition in Serbien nicht anders denke als die serbische Führung unter Milosevic. Er frage sich daher, wie es nach den Vereinbarungen von Brioni weitergehen werde. Sein Eindruck sei, daß das Thema Slowenien sozusagen abgehakt sei. Damit sei aber nur ein Problem gelöst und die restlichen Probleme würden noch schwieriger. Wir als Deutsche würden alles tun, um ein friedliches Gespräch zu ermöglichen. Ihn interessiere in diesem Zusammenhang, ob nach Auffassung von Präsident Tudjman die Armee wirklich nicht gewinnen könne.

Präsident Tudjman verneint dies erneut und erklärt, bei einem Aufmarsch der Armee würden zehntausende Menschen, darunter Frauen und Kinder, vor die Panzer gehen. Die Bereitschaft zur Verteidigung in Kroatien sei außerordentlich groß. Man dürfe nicht vergessen, daß seine Partei, die Kroatische Demokratische Gemeinschaft, bei den letzten Wahlen 2/3 der Stimmen gewonnen hätten. Man habe nach dem Wahlsieg die Leute bremsen müssen, damit sie nicht von sich aus gegen die Armee und die serbischen Freischärler vorgingen.

Der Bundeskanzler stellt die Frage, ob Präsident Tudjman mit seinen Kollegen im Gespräch stehe oder ob die Gespräche abgebrochen seien.

Präsident Tudjman erwidert, im Augenblick seien die Kontakte unterbrochen, aber er glaube, daß man sie wieder aufnehmen werde. Er habe auch Gespräche mit Milosevic geführt, die dann aber abgebrochen worden seien. Milosevic halte sich nur auf der Welle des serbischen Expansionismus. Er habe aber in dem Gespräch mit ihm zugegeben, daß die Geschichte zeige, daß die Serben den Kroaten ihren Willen nicht aufzwingen könnten.

299

316

Er sei überzeugt, daß die Serben gezwungen würden, in Verhandlungen einzutreten, wenn die EG und die USA ihnen gegenüber eine entschlossene Haltung einnehmen. Man müsse allerdings nicht nur Beobachter zulassen, sondern Kroatien würde auch die Stationierung von Friedenstruppen verlangen.

Auf die Frage des Bundeskanzlers, was sich Präsident Tudjman unter Druck auf Serbien vorstelle, erklärt dieser, es gehe nicht um den Inhalt, sondern um den Druck zur Aufnahme von Verhandlungen.

Der Bundeskanzler erklärt, wir würden dies versuchen und vor allem jetzt darauf drängen, daß jede Gewaltanwendung unterbleibe. In diesem Punkt werde er auch nachdrücklich von den USA unterstützt. Entscheidend sei jetzt, daß die Verantwortlichen sich zusammensetzten und miteinander verhandelten. Wenn allerdings die Serben jetzt Slowenien ziehen ließen, werde die Position von Präsident Tudjman noch schwieriger.

Präsident Tudjman stimmt zu und erklärt, diese sei schon jetzt so schwierig, daß Kroatien nicht damit einverstanden sei, daß Slowenien austrete. Wenn dies allerdings geschehe, dann werde Kroatien das gleiche tun, selbst um den Preis einer bewaffneten Auseinandersetzung.

Der Bundeskanzler wirft ein, dies werde dann Bürgerkrieg bedeuten.

Präsident Tudjman erklärt, dies würde Krieg zwischen Serbien und Kroatien bedeuten.

Der Bundeskanzler stellt die Frage, was jetzt geschehe; ob man weitere Gespräche ins Auge gefaßt habe.

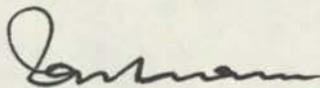
Präsident Tudjman erwidert, heute sei das Staatspräsidium in Belgrad zusammengetreten. Hieran seien auch die Vertreter Kroatiens und Sloweniens beteiligt. Sowohl die Bundesregierung wie auch die Slowenen als auch die Kroaten träten dafür ein, daß die Abmachungen von Brioni eingehalten würden. Allerdings seien die Slowenen der Auffassung, daß sie sich nicht an jeden Punkt von Brioni halten müßten, da ohnehin so gut wie feststehe, daß sie unabhängig würden. Die Bundesregierung sei allerdings der Meinung, daß man dann umso härter mit Kroatien abrechnen könne.

In Kroatien sei man betroffen darüber, daß man in Europa zwischen Slowenen und Kroaten keinen Unterschied mache. In Kroatien habe ein Referendum stattgefunden. Kroatien trete für friedliche Verhandlungen ein. Sie bestünden daher genauso wie Slowenien auf einer Abspaltung.

Der Bundeskanzler erklärt abschließend, er schlage vor, daß er am Montag noch einmal mit Präsident Tudjman telefoniere, um den neuesten Stand zu erfahren. Nun komme es vor allem darauf an, jeden militärischen Einsatz und Blutvergießen zu vermeiden. Eine Lösung der Probleme könne nicht von außen aufgezwungen werden. Wir träten aber nachdrücklich für Gespräche zwischen den Beteiligten ein. Im übrigen könne Präsident Tudjman anrufen, wenn es ein akutes Problem gebe. Er wisse ja, daß er hier viel Sympathien habe. Was man jetzt in Serbien über die deutsche Haltung höre, sei absurd. Wir ließen uns nicht von Großmachtstreben leiten, sondern von den Menschenrechten.

Präsident Tudjman erklärt, er habe noch abschließend eine Bitte. Kroatien habe schwierige wirtschaftliche und finanzielle Probleme, insbesondere im Zusammenhang mit den Verteidigungsausgaben. Er wolle die Frage stellen, mit wem er hierüber in der Bundesregierung sprechen könne.

Der Bundeskanzler erklärt, er solle ihm hierzu ein Schreiben schicken. Er rate noch einmal dringend dazu, jede Möglichkeit zu Gesprächen zu nutzen. Dies sei auch psychologisch wichtig. Die Menschen in Europa müßten sehen, daß die Kroaten sich Gesprächen nicht verweigerten.



(Dr. Hartmann)

AL 2

Bonn, 22. Juli 1991

**V e r m e r k****Betr.: Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem kroatischen Präsidenten Franjo Tudjman am Donnerstag, dem 18. Juli 1991<sup>[1]</sup>**

Der Bundeskanzler heißt Präsident Tudjman herzlich willkommen und erklärt, er wolle ein offenes und direktes Gespräch führen und vor allem aus erster Hand wissen, wie Präsident Tudjman die Lage und Perspektiven in Jugoslawien einschätze.

Präsident Tudjman bedankt sich für die Einladung des Bundeskanzlers auch im Namen der kroatischen Regierung. Man erlebe derzeit kritische Tage, ja kritische Stunden. Er sei in der vergangenen Nacht von seinem Außenminister geweckt worden, weil diesem von amerikanischer Seite die Nachricht zugegangen sei, daß innerhalb der nächsten 24 Stunden ein militärischer Angriff bevorstehe. Er habe dieser Nachricht keinen Glauben geschenkt, denn er habe noch gestern ein langes Gespräch mit dem jugoslawischen Verteidigungsminister Kadijevic geführt, der ihm versichert habe, daß die Armee nicht vorhabe, Kroatien anzugreifen. Dennoch sei die Lage sehr ernst, zumal die Armee in Kroatien anwesend sei und dort die prokommunistischen und groß-serbischen Elemente unterstütze.

Auf die entsprechende Frage des Bundeskanzlers fügt Präsident Tudjman hinzu, die jugoslawische Volksarmee unterhalte derzeit 60.000 Mann in Kroatien. Auf eine Zusatzfrage erklärt Präsident Tudjman, die jugoslawische Armee umfasse insgesamt 160.000 Mann, dazu gehörten auch die Marineeinheiten, die zu 90 % in Kroatien stationiert seien.

Auf die weitere Frage des Bundeskanzlers, ob es sich um rein serbische Einheiten handele, erklärt Präsident Tudjman, er gebe in der Tat wenig Kroaten, Slowenen, Mazedonier und Albaner in der Armee. Diese bestehe zu 70 bis 80 % aus Serben. Außerdem sei es in letzter Zeit zu großen Veränderungen in der Armeeführung gekommen. Diese werde heute im großen und ganzen von Serben geführt.

Inzwischen sei es so, daß die politische Führung in Serbien und auch Teile der Armee damit einverstanden seien, daß Slowenien unabhängig werde. Dies gelte allerdings nicht für Kroatien, wo 12 % Serben lebten.

Auf die zusätzliche Frage des Bundeskanzlers, wie man sich eine Loslösung Sloweniens im einzelnen vorzustellen habe, weist Präsident Tudjman auf das Plebiszit in Slowenien und Kroatien hin und fügt auf weitere Frage hinzu, die Serben hätten im Staatspräsidium den Vorschlag gemacht, daß die Armee sich aus Slowenien zurückziehen solle. Dies würde allerdings zur Folge haben, daß sich die Armee ganz auf Kroatien konzentrieren werde, was die Lage Kroatiens zusätzlich erschweren werde.

Der Bundeskanzler stellt die Frage, wie Slowenien sich denn verhalten werde.

Präsident Tudjman erwidert, Slowenien werde diese Lösung sicherlich begrüßen. Es sei gleichzeitig der Wunsch Kroatiens, daß sich die Armee auch dort zurückziehe.

Der Bundeskanzler fragt, wie man sich das Szenario insgesamt vorzustellen habe. Wenn die Serben Slowenien ziehen ließen, könnten sie International geltend machen, daß sie ihren guten Willen bewiesen hätten. Dann gebe es nur noch das Problem Kroatien, wo eine serbische Minderheit lebe. Er würde gerne wissen, ob Präsident Tudjman über diese Fragen mit den Serben spreche.

Präsident Tudjman erwidert, man habe mit Gesprächen begonnen. Es sei ganz deutlich, daß die Serben im Rest Jugoslawiens einen von ihnen beherrschten Staat gründen wollten, zu dem auch Teile von Kroatien sowie von Bosnien und Herzegowina gehören sollten.

Auf die entsprechende Zusatzfrage des Bundeskanzlers erklärt Präsident Tudjman, die Serben beanspruchten nicht ganz Kroatien, aber fast die Hälfte. Dabei müsse man wissen, daß es Gegenden in Kroatien gebe, in denen nicht mehr als 14 % Serben lebten. Er wiederholt, daß es den Serben darum gehe, den größten Teil von Bosnien

und Herzegowina anzuschließen.

Hierbei sähen sie sich allerdings einem Dilemma gegenüber, weil die Bevölkerung von Bosnien und Herzegowina stark durchmischt sei. Die Serben seien aber damit einverstanden, daß die katholischen Bevölkerungsteile in der Herzegowina und in Westbosnien zu Kroatien gehören sollten. Gleichzeitig wollen sie Teile von Kroatien an Serbien angliedern. Hierbei handele es sich aber um geopolitisch sehr wichtige Gebiete und Kroatien sei damit unter keinen Umständen einverstanden. Der Rest Kroatiens könne sich dann nach serbischer Auffassung selbständig machen.

Zu Mazedonien seien die Serben der Auffassung, daß diese Republik mit der Auflösung von Tito-Jugoslawien ebenfalls verschwinden solle.

Auf die entsprechende Frage des Bundeskanzlers erklärt Präsident Tudjman, Serbien werde möglicherweise versuchen, hierüber mit Griechenland Einvernehmen zu erzielen und im übrigen würden Albaner und Bulgaren einen Teil Mazedoniens mit Gewalt an sich reißen.

Das Hauptproblem Jugoslawiens sei heute nicht, wie man vom Kommunismus loskomme, sondern wie man die nationale Frage löse. Dabei sei das Hauptproblem Bosnien und Herzegowina. Die jetzigen Grenzen von Bosnien und Herzegowina seien nach dem 2. Weltkrieg erneuert worden, gingen aber ursprünglich auf die Grenzziehung durch die Türken im 15. Jahrhundert zurück.

Auf die Frage des Bundeskanzlers, wie er die Chancen für eine Lösung sehe, erklärt Präsident Tudjman, er glaube, daß es möglich sein müsse, mit der Hilfe Europas und der Vereinigten Staaten von Amerika die Serben zu Gesprächen zu zwingen. Dabei gehe es vor allem um die Aufteilung von Bosnien/Herzegowina. Dies werde allerdings gleichzeitig zur Schaffung eines kleinen Staates führen, der die rd. 1 Million Moslems, die in Bosnien/Herzegowina lebten, aufnehme.

Auf die Frage des Bundeskanzlers, ob ein souveränes Kroatien mit einer serbischen Minderheit von 10 % leben könne, erklärt Präsident Tudjman, man werde dieser Minderheit alle Rechte zuerkennen. Man könne in einem Abkommen zwischen Serbien und Kroatien neue Grenzen schaffen und die derzeitige Grenze, die an der Drina verlaufe, weiter nach Westen verschieben. Dies sei allerdings nicht nur eine kroatische Frage, sondern betreffe ganz Europa.

Der Bundeskanzler stellt die Frage, wie Präsident Tudjman die Möglichkeit eines losen Staatenbundes beurteile.

Präsident Tudjman erwidert, die Chance hierfür sei sehr gering. In Slowenien und Kroatien gebe es weniger als 2 % Mischehen, die für eine solche Lösung einträten. Wenn man allerdings zunächst Kroatien die volle Souveränität gebe, dann könne man in Verhandlungen über eine Gemeinschaft souveräner Staaten eintreten. Eine solche Zeitfolge sei akzeptabel.

Der Bundeskanzler stellt die Frage, was geschehe, wenn die Serben mit einer Loslösung Kroatiens einverstanden wären und was dann aus Bosnien/Herzegowina werde.

Präsident Tudjman erklärt, es gebe in Bosnien/Herzegowina kroatische Bevölkerungsteile. Diese hätten schon vor Monaten versucht, einen Beschluß zum Beitritt Kroatiens zu fassen. Er habe darauf hingewirkt, daß man sich zunächst auf friedliche Gespräche einige.

Der Bundeskanzler stellt die Frage, wer heute das Militär in Jugoslawien kontrolliere.

Präsident Tudjman erwidert, an der Spitze der jugoslawischen Volksarmee stehe Verteidigungsminister Kadijevec, der eine kroatische Mutter und auch eine kroatische Frau habe. Er habe mit Kadijevec gestern ausführlich gesprochen und insbesondere die Frage erörtert, ob sich die jugoslawische Volksarmee aus Slowenien zurückziehe, um dann in Kroatien zuschlagen zu können.

Der Bundeskanzler stellt die Frage, ob der Verteidigungsminister hierzu noch die Macht habe.

Präsident Tudjman bejaht diese Frage und erklärt auf entsprechende Zusatzfrage des Bundeskanzlers, auch die Generäle würden ihm bis jetzt darin folgen. Man dürfe nicht vergessen, daß die jugoslawische Volksarmee auf einer titoistischen Grundlage aufbaue und daß sich deswegen groß-serbische Tendenzen in der Armee nicht ganz so offen durchsetzen und artikulieren könnten. Allerdings gebe es diese Tendenzen.

Es habe auch kroatische und slowenische Generäle gegeben, von denen seien allerdings nur noch wenige übrig geblieben. Insgesamt sei die Lage aber so, daß die Armee zwar einen Konflikt beginnen, aber nicht siegen könne.

Auf die Frage des Bundeskanzlers, welches der Grund für diese Annahme sei, erklärt Präsident Tudjman, die Armee bestehe eben nicht nur aus Serben. Inzwischen hätten auch viele Kroaten und Slowenen sowie Albaner die Armee verlassen. Hinzu komme, daß die Serben selbst immer mehr zu der Einsicht kämen, daß sie eigentlich nicht für ganz Jugoslawien zuständig sein sollten.

Auf die entsprechende Frage des Bundeskanzlers erklärt Präsident Tudjman, nicht viele Serben dächten so, aber unter der einfachen Bevölkerung gebe es doch Anzeichen hierfür. Er weist in diesem Zusammenhang auf die Mütter von serbischen Soldaten hin, die versucht haben, ihre Söhne heimzuholen.

Der Bundeskanzler stellt die Frage, wie die Entwicklung nach Meinung Präsident Tudjmans weitergehe.

Präsident Tudjman erwidert, es gebe extremistische Elemente sowohl in der sozialistischen Partei Serbiens als auch in der Opposition. Diese träten eindeutig für eine Eingliederung von Teilen Kroatiens sowie von Bosnien und Herzegowina in Serbien ein. Es gebe allerdings auch gegenteilige Meinungen. Man habe am vergangenen Sonntag ein Treffen von 70 Intellektuellen, die der serbischen Minderheit in Kroatien angehörten, veranstaltet. Dort sei die Meinung vertreten worden, daß die Unterstützung der terroristischen Gruppen durch die serbische Minderheit in Kroatien derselben große Nachteile bringe. Bei den Serben gebe es Bereitschaft zu Gesprächen über die Zukunft des Landes. Gleichzeitig versuchten die Serben allerdings, den anderen ihren Willen aufzuzwingen. Deshalb sei es wichtig, daß Europa und insbesondere Deutschland, ihren Einfluß in Richtung Verhandlungen geltend machten.

Der Bundeskanzler erklärt, man müsse allerdings sehen, daß viele Kollegen in der EG bei der Diskussion über Jugoslawien sofort Probleme zu Hause sähen, vor allem dann, wenn man vom Selbstbestimmungsrecht spreche. Im übrigen müsse man sehen, daß in der Pariser Charta nicht nur vom Selbstbestimmungsrecht, sondern gleichzeitig auch von der Unversehrtheit der Grenzen die Rede sei. Die Kollegen hätten ihm allerdings auch darin zugestimmt, daß man den Willen der Völker zusammenzubringen, nicht mit Panzern erzwingen könne.

Für ihn sei das Entscheidende der Verzicht auf Gewalt. Das einzig Gute in der derzeitigen Lage sei, daß sie nicht zum Weltkrieg führen könne. Das Schreckliche sei allerdings, daß hier zwei historische Strömungen aufeinanderprallten. Es gebe einmal die alte Kulturgrenze zwischen Byzanz und Rom und zum anderen die Konsequenzen des Vertrages von St. Germain. Es wäre möglicherweise nie zu Yalta gekommen, wenn man die Verträge von St. Germain nicht gehabt hätte. Jetzt sei die Frage wieder auf der Tagesordnung.

Gleichzeitig sei deutlich, daß Slowenien und Kroatien auf dem Weg zu Pluralismus und Demokratie seien. Allerdings höre er auch, daß die Opposition in Serbien nicht anders denke als die serbische Führung unter Milosevic. Er frage sich daher, wie es nach den Vereinbarungen von Brioni weitergehen werde. Sein Eindruck sei, daß das Thema Slowenien sozusagen abgehakt sei. Damit sei aber nur ein Problem gelöst und die restlichen Probleme würden noch schwieriger. Wir als Deutsche würden alles tun, um ein friedliches Gespräch zu ermöglichen. Ihn interessiere in diesem Zusammenhang, ob nach Auffassung von Präsident Tudjman die Armee wirklich nicht gewinnen könne.

Präsident Tudjman verneint dies erneut und erklärt, bei einem Aufmarsch der Armee würden zehntausende Menschen, darunter Frauen und Kinder, vor die Panzer gehen. Die Bereitschaft zur Verteidigung in Kroatien sei außerordentlich groß. Man dürfe nicht vergessen, daß seine Partei, die Kroatische Demokratische Gemeinschaft, bei den letzten Wahlen 2/3 der Stimmen gewonnen hätten. Man habe nach dem Wahlsieg die Leute bremsen müssen, damit sie nicht von sich aus gegen die Armee und die serbischen Freischärler vorgingen.

Der Bundeskanzler stellt die Frage, ob Präsident Tudjman mit seinen Kollegen im Gespräch stehe oder ob die Gespräche abgebrochen seien.

Präsident Tudjman erwidert, im Augenblick seien die Kontakte unterbrochen, aber er

glaube, daß man sie wieder aufnehmen werde. Er habe auch Gespräche mit Milosevic geführt, die dann aber abgebrochen worden seien. Milosevic halte sich nur auf der Welle des serbischen Expansionismus. Er habe aber in dem Gespräch mit ihm zugegeben, daß die Geschichte zeige, daß die Serben den Kroaten ihren Willen nicht aufzwingen könnten.

Er sei überzeugt, daß die Serben gezwungen würden, in Verhandlungen einzutreten, wenn die EG und die USA ihnen gegenüber eine entschlossene Haltung einnehmen. Man müsse allerdings nicht nur Beobachter zulassen, sondern Kroatien würde auch die Stationierung von Friedenstruppen verlangen.

Auf die Frage des Bundeskanzlers, was sich Präsident Tudjman unter Druck auf Serbien vorstelle, erklärt dieser, es gehe nicht um den Inhalt, sondern um den Druck zur Aufnahme von Verhandlungen.

Der Bundeskanzler erklärt, wir würden dies versuchen und vor allem jetzt darauf drängen, daß jede Gewaltanwendung unterbleibe. In diesem Punkt werde er auch nachdrücklich von den USA unterstützt. Entscheidend sei jetzt, daß die Verantwortlichen sich zusammensetzten und miteinander verhandelten. Wenn allerdings die Serben jetzt Slowenien ziehen ließen, werde die Position von Präsident Tudjman noch schwieriger.

Präsident Tudjman stimmt zu und erklärt, diese sei schon jetzt so schwierig, daß Kroatien nicht damit einverstanden sei, daß Slowenien austrete. Wenn dies allerdings geschehe, dann werde Kroatien das gleiche tun, selbst um den Preis einer bewaffneten Auseinandersetzung.

Der Bundeskanzler wirft ein, dies werde dann Bürgerkrieg bedeuten.

Präsident Tudjman erklärt, dies würde Krieg zwischen Serbien und Kroatien bedeuten.

Der Bundeskanzler stellt die Frage, was jetzt geschehe; ob man weitere Gespräche ins Auge gefaßt habe.

Präsident Tudjman erwidert, heute sei das Staatspräsidium in Belgrad zusammengetreten. Hieran seien auch die Vertreter Kroatiens und Sloweniens beteiligt. Sowohl die Bundesregierung wie auch die Slowenen als auch die Kroaten träten dafür ein, daß die Abmachungen von Brioni eingehalten würden. Allerdings seien die Slowenen der Auffassung, daß sie sich nicht an jeden Punkt von Brioni halten müßten, da ohnehin so gut wie feststehe, daß sie unabhängig würden. Die Bundesregierung sei allerdings der Meinung, daß man dann umso härter mit Kroatien abrechnen könne.

In Kroatien sei man betroffen darüber, daß man in Europa zwischen Slowenen und Kroaten keinen Unterschied mache. In Kroatien habe ein Referendum stattgefunden. Kroatien trete für friedliche Verhandlungen ein. Sie bestünden daher genauso wie Slowenien auf einer Abspaltung.

Der Bundeskanzler erklärt abschließend, er schlage vor, daß er am Montag noch einmal mit Präsident Tudjman telefoniere, um den neuesten Stand zu erfahren. Nun komme es vor allem darauf an, jeden militärischen Einsatz und Blutvergießen zu vermeiden. Eine Lösung der Probleme könne nicht von außen aufgezwungen werden. Wir träten aber nachdrücklich für Gespräche zwischen den Beteiligten ein. Im übrigen könne Präsident Tudjman anrufen, wenn es ein akutes Problem gebe. Er wisse ja, daß er hier viel Sympathien de habe. Was man jetzt in Serbien über die deutsche Haltung höre, sei absurd. Wir ließen uns nicht von Großmachtstreben leiten, sondern von den Menschenrechten.

Präsident Tudjman erklärt, er habe noch abschließend eine Bitte. Kroatien habe schwierige wirtschaftliche und finanzielle Probleme, insbesondere im Zusammenhang mit den Verteidigungsausgaben. Er wolle die Frage stellen, mit wem er hierüber in der Bundesregierung sprechen könne.

Der Bundeskanzler erklärt, er solle ihm hierzu ein Schreiben schicken. Er rate noch einmal dringend dazu, jede Möglichkeit zu Gesprächen zu nutzen. Dies sei auch psychologisch wichtig. Die Menschen in Europa müßten sehen, daß die Kroaten sich Gesprächen nicht verweigerten.

(Dr. Hartmann)

[1] BArch, B 136/59745, 310-317.

Head of Department 2  
Bonn, 22 July 1991

### **Memorandum**

**Subject: The Chancellor's Meeting with Croatian President Franjo Tudjman on Thursday, 18 July 1991**[\[1\]](#)

The Chancellor warmly welcomes President Tudjman and says that he wants to have an open and direct conversation and, above all, to know firsthand how President Tudjman assesses the situation and prospects in Yugoslavia.

President Tudjman thanks the Chancellor for the invitation, also on behalf of the Croatian government. They are currently witnessing critical days, even critical hours. He had been woken up last night by his Secretary of State because he had received news from the American side that a military attack was imminent within the next 24 hours. He had not believed this news because he had had a long conversation with the Yugoslav Defense Minister Kadijevic yesterday, who had assured him that the army had no plans to attack Croatia. Nevertheless, the situation was very serious, especially since the army was present in Croatia and supported the pro-communist and Greater Serbian elements there.

In response to the Chancellor's question, President Tudjman adds that the Yugoslav People's Army currently maintained 60,000 men in Croatia. In response to a supplementary question, President Tudjman says that the Yugoslav army comprised of a total of 160,000 men, including the naval units, 90% of which were stationed in Croatia.

When the Chancellor asks whether the units were purely Serbian, President Tudjman said that there were, indeed, few Croats, Slovenes, Macedonians, and Albanians in the army. 70% to 80% of it consisted of Serbs. Additionally, there had recently been significant changes in the army command. Today, this was largely run by Serbs.

In the meantime, the political leadership in Serbia and parts of the army at that time had agreed that Slovenia should become independent. This did not apply, however, to Croatia, which has a Serbian population of 12%.

When the Chancellor queries how one should envision the detachment of Slovenia, President Tudjman refers to the plebiscite in Slovenia and Croatia and adds, in response to a further question, that the Serbs had made the recommendation in the State Presidium that the army should withdraw from Slovenia. However, this would mean that the army would concentrate entirely on Croatia, which would make Croatia's situation even more difficult.

The Chancellor inquires how Slovenia would behave.

President Tudjman replies that Slovenia would certainly welcome this solution. At the same time, it was Croatia's wish that the army should withdraw from there as well.

The Chancellor asks how one should imagine the scenario overall. If the Serbs let Slovenia go, they could claim internationally that they had shown their goodwill. Then there is only the problem of Croatia, where there was a Serb minority. He would like to know if President Tudjman discusses these issues with the Serbs.

President Tudjman replies that talks had begun. It was quite clear that the Serbs in the rest of Yugoslavia wanted to establish a state under their rule, which would also include parts of Croatia, as well as Bosnia and Herzegovina.

In response to the Chancellor's supplementary question, President Tudjman says that the Serbs did not claim all of Croatia, but nearly half of it. One had to know that there were areas in Croatia where no more than 14% of Serbs lived. He repeats that the Serbs wanted to annex most of Bosnia and Herzegovina.

However, they were faced with a dilemma because the population of Bosnia and Herzegovina was very mixed. The Serbs agreed, however, that the Catholic population in Herzegovina and Western Bosnia should belong to Croatia. At the same time, they wanted to annex parts of Croatia to Serbia. These were very important areas geopolitically and Croatia would under no circumstances agree. According to

the Serbian view, the rest of Croatia could then become independent.

Regarding Macedonia, the Serbs thought that this Republic should disappear with the dissolution of Tito-Yugoslavia.

In response to the Chancellor's question, President Tudjman says that Serbia might try to reach an agreement on this with Greece and, furthermore, that Albanians and Bulgarians would seize part of Macedonia by force.

Yugoslavia's main problem today is not how to get away from communism, but how to solve the national question. The central issue is Bosnia and Herzegovina. The current borders of Bosnia and Herzegovina had been renewed after World War II but had originally gone back to the drawing of the border by the Turks in the 15th century.

When the Chancellor inquires how he saw the chances of a solution, President Tudjman says that he believed it must be possible, with the help of Europe and the United States of America, to force the Serbs into talks. This is primarily about the division of Bosnia and Herzegovina. At the same time, however, this would lead to the creation of a small state that would absorb the approximately 1 million Muslims who lived in Bosnia Herzegovina.

When asked by the Chancellor whether a sovereign Croatia could live with a Serb minority of 10%, President Tudjman declares that this minority would be granted all rights. An agreement between Serbia and Croatia could create new borders and move the current border, which ran along the Drina, further West. However, this was not just a Croatian question, but one that affected all of Europe.

The Chancellor asks how President Tudjman assesses the possibility of a loose confederation.

President Tudjman replies that the chance of this is very slim. In Slovenia and Croatia, less than 2% of mixed marriages advocated for such a solution. If, however, Croatia first received full sovereignty, then one could enter negotiations on a community of sovereign states. Such a time sequence is acceptable.

The Chancellor asks what would happen if the Serbs agreed to Croatia's separation and what would then become of Bosnia and Herzegovina.

President Tudjman explains that there were Croatian parts of the population in Bosnia and Herzegovina. Months ago, they had tried to decide on Croatia's accession. He had worked towards an agreement on peaceful talks first.

The Chancellor asks who controlled the military in Yugoslavia today.

President Tudjman replies that the Yugoslav People's Army was headed by Defense Minister Kadijevic, who had a Croatian mother and a Croatian wife. He had spoken extensively with Kadijevic yesterday and had discussed the question of whether the Yugoslav People's Army would withdraw from Slovenia to be able to strike in Croatia.

The Chancellor asks whether the Defense Minister still had the power to do this.

President Tudjman answers this question in the affirmative and, in response to an additional question from the Chancellor, says that so far, the generals had followed him in this. One should not forget that the Yugoslav People's Army was built on a Titoist basis and that this was why greater-Serbian tendencies in the army could not assert and articulate themselves quite so openly. Nevertheless, these tendencies exist. There are also Croatian and Slovenian generals, of whom only a few remained. Overall, the situation was such that the army could start a conflict but not win it.

When asked by the Chancellor what this assumption is based on, President Tudjman says that the army did not just consist of Serbs. In the meantime, many Croats and Slovenes as well as Albanians had left the army. Moreover, the Serbs themselves are increasingly coming to the realization that they should not really be responsible for all of Yugoslavia.

In response to a question from the Chancellor, President Tudjman says that not many Serbs think that way, but that there were signs of this among the common people. In this context, he referred to the mothers of Serbian soldiers who have tried to bring their sons home.

The Chancellor asks how President Tudjman thought things would continue.

President Tudjman replies that there are extremist elements in both the Socialist

Party of Serbia and the opposition. These would clearly advocate for the integration of parts of Croatia and Bosnia and Herzegovina into Serbia. However, there are opposing opinions. A meeting of 70 intellectuals belonging to the Serb minority in Croatia was held last Sunday. They thought that the support of the terrorist groups by the Serbian minority in Croatia would bring them great disadvantages. The Serbs were willing to talk about the future of the country. At the same time, however, the Serbs tried to impose their will on the others. It was therefore important that Europe, and especially Germany, used their influence towards the direction of negotiations.

The Chancellor explains that, nevertheless, one must see that many colleagues in the EC immediately saw problems at home when discussing Yugoslavia, especially when one spoke of the right to self-determination. Moreover, one must see that the Paris Charter referred not only of the right to self-determination, but also of the integrity of the borders. His colleagues had, however, also agreed that the will of the peoples to stay together could not be enforced with tanks.

For him, the most important thing is the renunciation violence. The only good thing about the current situation is that it could not lead to world war. The terrible thing, however, was that two historical currents collided here. On the one hand, there is the ancient cultural border between Byzantium and Rome and on the other hand, the consequences of the Treaty of St. Germain. It might have never come to Yalta had it not been for the St. Germain Treaties. Now the question is back on the agenda.

At the same time, it is clear that Slovenia and Croatia are on the way to pluralism and democracy. However, he had also heard that the opposition in Serbia did not think differently than the Serbian leadership under Milosevic. He therefore wondered how things would go after the Brioni agreements. His impression was that the issue of Slovenia was ticked off, so to speak. This solved only one problem and the rest would become even more difficult. We as Germans would do everything to enable a peaceful conversation. In this context, he is interested in whether, in the opinion of President Tudjman, the army truly could not win.

President Tudjman again denies this and explains that if the army were to deploy, tens of thousands of people, including women and children, would go in front of the tanks. The willingness to defend in Croatia is extremely high. It should not be forgotten that his party, the Croatian Democratic Community, had won 2/3 of the votes in the last election. After the election victory, the people had to be reined in so that they did not act on their own initiative against the army and the Serbian irregulars.

The Chancellor asks whether President Tudjman is in conversation with his colleagues or whether the talks had broken off.

President Tudjman replies that contacts are currently halted, but he believes that they will be resumed. He had also held talks with Milosevic, which were then broken off. Milosevic stays only on the wave of Serbian expansionism. In the conversation with him, however, he had admitted that history showed that the Serbs could not impose their will on the Croats.

He is convinced that the Serbs would be forced to enter negotiations if the EC and the US took a firm stance towards them. It was imperative that they not only authorize observers; Croatia would also require the deployment of peacekeeping forces.

When the Chancellor asks how President Tudjman suggested further pressure on Serbia, the latter says that it is not about the substance, but about the pressure to start negotiations.

The Chancellor explains that we would try to do this and, above all, now urge that no force is used. On this point, he is also enthusiastically supported by the USA. It is now crucial that those responsible sit down and negotiate with one another. However, if the Serbs let Slovenia go now, President Tudjman's position will become even more difficult.

President Tudjman agrees and explains that it is already so difficult that Croatia will not agree to Slovenia leaving. But if this happens, Croatia will do the same, even at the cost of an armed conflict.

The Chancellor interjects that this would then mean civil war.

President Tudjman explains that this would mean war between Serbia and Croatia.

The Chancellor asks what is happening now; whether further talks have been considered.

President Tudjman replies that the Presidency of the State met in Belgrade today. The representatives of Croatia and Slovenia were also involved in this. Both the federal government as well as the Slovenes and the Croats advocated for the Brioni agreements to be kept. However, the Slovenes believed that they did not have to stick to every point of Brioni, since it was almost certain that they would become independent. Admittedly, the federal government is of the opinion that it would then be all the harder to settle accounts with Croatia.

In Croatia, people are shocked that no distinction is made between Slovenes and Croats in Europe. A referendum took place in Croatia. Croatia supports peaceful negotiations. Like Slovenia, they therefore insisted on secession.

The Chancellor concludes by saying that he suggests calling President Tudjman again on Monday to find out the latest information. The main thing now is to avoid any military deployment and bloodshed. A solution to the problem could not be imposed from outside. We strongly advocate for discussions between the parties involved. Furthermore, President Tudjman could call if there is an acute problem. He knows that he has a lot of sympathy here. What one hears in Serbia now about the German attitude is absurd. We were not guided by aspirations for great power, but by human rights.

President Tudjman says that he has one final request. Croatia has difficult economic and financial problems, particularly regarding defense spending. He wanted to ask who he could talk to in the federal government about this.

The Chancellor declares that he should send him a letter on this. Once again, he urgently advises to take every opportunity to have a conversation. This is also important psychologically. The people in Europe should see that the Croats did not refuse to talk.

(Dr. Hartmann)

[\[1\]](#) BArch, B 136/59745, 310-317.